

„SOWOHL REGIONALSPEZIFISCHE FAKTOREN, WIE DIE KULTURRÄUMLICHE ABGESCHIEDENHEIT, ALS AUCH GUT ETABLIERTE AUTONOME ANTIFA-STRUKTUREN IN SUHL UND UMGEBUNG KONNTEN DIE ETABLIERUNG EINER GEFESTIGTEN UND GUT ORGANISIERTEN NEONAZISZENE ZUMINDEST EINE ZEITLANG VERZÖGERN.“



KAI RICHAZ

Verzögert – ausgebremsst – und doch etabliert: Entwicklung von und Umgang mit Neonazis im (ehemaligen) Bezirk Suhl

Kai Richarz

Im Fokus dieses Beitrags steht die These, dass es im Bezirk Suhl (Südthüringen) bis zur sogenannten Wende hin keine rechte Skinheadszene, dafür aber Vorläufer einer pluralistischen Zivilgesellschaft sowie eine relativ stark ausgeprägte antifaschistische Gegenkultur gab. Zudem geht der Beitrag auf die Suche nach Ursachen und Folgen dieser Beobachtungen. Beleuchtet werden die hierfür mitverantwortlichen Brüche, vor allem regional spezifische, strukturelle Verschiebungen im Stadt-Land-Vergleich und historische Kontinuitäten von politischen Kulturen der 1980er- und 1990er-Jahre in der Mitte der Gesellschaft sowie bei Ordnungs- und Sicherheitsbehörden (Stichwort Extremismustheorie). Angenommen wird, dass diese Bedingungen Einfluss auf jene verzögerte, aber dennoch folgenreiche Konsolidierung extrem rechter Hegemonien im Südthüringen der späten 1990er-Jahre hatten.

Empfohlene Zitierung:

Richarz, Kai (2021): Verzögert – ausgebremsst – und doch etabliert: Entwicklung von und Umgang mit Neonazis im (ehemaligen) Bezirk Suhl. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus, Band 10. Jena, S. 160–173.

Schlagwörter:

Neonazismus, extreme Rechte, Antifaschismus, Suhl, Oberhof, Südthüringen, Punks, Skinheads, DDR, Extremismustheorien

Kaum DDR-Skins im Bezirk Suhl¹

Die Subkultur der Skinheads schuf in den 1980er-Jahren ein Vehikel, das extrem Rechten ermöglichte, (primär junge) Menschen anzusprechen und diese hinter ihren menschenfeindlichen politischen Inhalten zu sammeln. In DDR-weiter Perspektive geht die Forschung davon aus, dass es bereits innerhalb der 1980er-Jahre zwei Phasen zur Herausbildung einer extrem rechten Strömung gegeben habe (Lynen von Berg 1994: 104). Doch diese Entwicklung gelangte erst mit reichlich Verzögerung in den Bezirk Suhl, der von der Hauptstadt der DDR am weitesten entfernt lag. Von einer besonderen Situation im Grenzbezirk Suhl kann speziell mit Blick auf seine durch den Thüringer Wald hervorgerufene kulturräumliche Abgeschiedenheit gesprochen werden. Die im Volksmund scherzhaft als „autonome Gebirgsrepublik Suhl“ bezeichnete Region komme „sowieso immer erst drei Jahre später in der Entwicklung“ (Wurschi 2007: 75f.). Hierzu passend etablierten sich auch die Jugend-Subkulturen der Punks und Skins verzögert im Bezirk. Dies vermutlich deshalb, weil es an impulsgebenden Verbindungen in die Großstädte mangelte.

Die Jugend-Subkulturen der Punks und Skins etablierten sich im Bezirk Suhl verzögert gegenüber der Entwicklung in anderen Teilen der DDR.

In seinen Untersuchungsberichten erklärte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) „faschistische Tendenzen“ in der DDR-Jugend mit Kontakten in das kapitalistische Ausland. Insbesondere „aktive Rückverbindungen“ der in die BRD ausgewiesenen Nazi-Skinheads stellten aus Sicht des MfS einen Kontakt-Schwerpunkt zu ihren Kameraden und Kameradinnen im Osten dar. Im Gegensatz zu Ost-Berlin finden sich in den Suhler MfS-Akten kaum Kontakte aus Westdeutschland in den Bezirk, welche als neonazistisch motiviert klassifiziert wurden. Aufgeschreckt durch den Zionskirchen-Angriff 1987 in Berlin (s. u.), notierte die Bezirksverwaltung des MfS für den Bezirk Suhl im März 1988, dass es „im Kreis Bad Salzungen 15 namentlich bekannte Anhänger sowie sechs Sympathisanten der Skinheads gibt. [...] Von einer Skinhead-Bewegung mit profaschistischem Gedankengut kann nicht gesprochen werden.“² Bis auf einzelne Vorfälle sowie das Auftreten weniger Skins, wie die erwähnte Gruppierung in Bad Salzungen am Rande des Bezirkes Suhl, werden erst nach der sogenannten Wende in Südthüringen öffentlich in Erscheinung getretene rechte Skinheads in den Quellen nachgewiesen.

¹ Der Beitrag stützt sich auf die Recherchen zu meiner Masterarbeit an der Humboldt-Universität zu Berlin, darunter eine E-Mail-Korrespondenz, ein telefonisches und fünf persönliche Zeitzeug*innengespräche. Letztere wurden durch mich strukturell halboffen, mittels themenzentrierter Leitfragen mit gelegentlichen Interventionen geführt. In der Auswertung wurden die dabei gewonnenen Informationen kritisch auf Widersprüchlichkeiten anhand anderer Quellen untersucht. Das Erzählte wurde zunächst als Indiz auf eine mögliche historische Situation gewichtet und erst nach einer eingehenden Überprüfung als zumindest subjektive Tatsache gewertet. Die so gewonnenen Informationen erheben keinen repräsentativen Anspruch, sie dienen lediglich als erste Orientierung im Themenfeld. Zu den verwendeten Schriftquellen gehören neben Schüler- und diversen Tageszeitungen insbesondere die Bestände der lokalen Tageszeitung *Freies Wort*, welche auf Grundlage selbst erstellter digitaler Volltexte insbesondere für das erste Halbjahr 1992 mittels umfangreicher Stichwortsuche ausgewertet wurden.

² Information über Untersuchungsergebnisse im Zusammenhang mit rowdyhaften Handlungen und öffentlichen Herabwürdigungen durch Jugendliche im Kreis Bad Salzungen vom 04.02.1988, BStU BVfS Suhl. AKG/32, Bd. 1., S. 77f., zitiert nach Wurschi 2007, S. 233.

Ebenfalls unterrepräsentiert waren in Südthüringen die Sport-Fankulturen, welche auch in der DDR als relevant für die Entstehung neonazistischer Denk- und Organisationsstrukturen galten. In vielen Regionen waren die Fußballstadien der erfolgreichen DDR-Klubs Orte, an denen sich Systemopposition mit extrem rechten Inhalten mischte (Braun 2018). Der Umstand, dass es im (ehemaligen) Bezirk Suhl aus Ermangelung an erfolgreichen Fußballklubs eine nur unterdurchschnittlich ausgeprägte Fußballszene bzw. keine Fußball-Hooligans gab, mag dazu beigetragen haben, dass sich auch die extreme Rechte im (ehemaligen) Bezirk Suhl unterdurchschnittlich entwickelte.

Im Bezirk Suhl mangelte es zur ‚Wende‘ sowohl an rechten Skins als auch an einer ausgeprägten Fußball-Hooligan-Szene, zwei Szenen, die vielerorts bedeutender Nährboden für Neonazismus waren.

Vergleichsweise plurale bis autonom-antifaschistische Wendejugend

Von England über Westdeutschland gelangte die Punk-Szene noch vor der Skinhead-Szene in die DDR, wo sie sich spätestens in den 1980er-Jahren primär von den Großstädten in die ländlichen Regionen ausbreitete. Als 1982/83 im urbanen Raum Berlin/Potsdam bereits die ersten organisierten Neonazis der DDR auf den Plan traten, begannen in und um Suhl herum gerade die ersten Punks als Teil „einer Szene der Nonkonformen“ Boden zu fassen (Wurschi 2007: 203). Um Repressionen zu entgehen, hielt sich die lokale Szene teilweise bewusst als „Bürgerschreck“ zurück. Die Vernetzung erfolgte über private Kontakte, nicht nur lokal, sondern auch überregional. Hierüber ergab sich deren Teilnahme am Konzert in der Berliner Zionskirche im Oktober 1987. Eine Gruppe von 30 bis 40 Naziskins stürmte diese Veranstaltung mit ca. 200 Gästen, skandierte Neonaziparolen, griff unvermittelt Personen an und verletzte sie teilweise schwer (vgl. Süß 2000: 17ff.).

Der Vorfall sowie seine juristischen Folgen und mediale Rezeption bewirkten einen Paradigmenwechsel in der staatlichen und öffentlichen Wahrnehmung von Neonazismus. Aber auch nicht staatliche antifaschistische Kreise erlebten daraufhin einen enormen Organisierungsschub. Es gründeten sich erste, staatlich unabhängige ostdeutsche Antifa-Gruppen im urbanen Raum. Über politisierte Punks aus Suhl, welche selbst Gäste des Konzerts gewesen waren, wurde die szeninterne Diskussion um antifaschistische Selbstverteidigung und Öffentlichkeitsarbeit zu Neonazismus in die lokale Jugendszene getragen. Durch diesen Wissenstransfer verbreitete sich bereits vor der sogenannten Wende ein Bewusstsein dafür, dass es keinen wirksamen Schutz durch gesellschaftliche Instanzen vor der heraufziehenden neonazistischen Bedrohung gab, zumal das Phänomen von offiziellen Institutionen weitgehend ausgeblendet bzw. in seiner Bedeutung bagatellisiert wurde. Die Betroffenen der real existierenden Neonazigewalt gingen davon aus, sich selbst organisieren und wirksame Gegenstrategien entwickeln zu müssen. Noch bevor sich im Raum Suhl Neonazistrukturen verzögert organisierten, hatten sich bereits Ansätze eines nicht staatlichen und undogmatischen Antifaschismus in der Region etabliert (Gespräch mit Zeitzeugin Arne; Name auf Wunsch verfremdet).

Systemumbruch

Für die Umbruchzeit – von Herbst 1989 bis Herbst 1990 – gilt die Auflösung bestehender Normen als kennzeichnend. In dieser „Anomie“ (vgl. Michelsen 2017: 28f.) entschieden oft nur sogenannte systematische Zufälle (vgl. Quent 2018: 174) darüber, woran sich Jugendliche fortan orientierten. Aus der überregionalen Literatur ist bekannt, dass Jugendliche recht umstandslos ihre Zugehörigkeit von einer Punk- zu einer Skin-Gruppe wechselten (vgl. Stock/Mühlberg 1990). Im Raum Suhl kam es aus Mangel an Vorbildern relativ selten zu jenen systematischen Zufällen, in denen Jugendliche von (rechten) Skins inspiriert wurden. Zumal die sich bereits gut organisierten antifaschistischen Punks aktiv darum bemühten, sich für neue Jugendliche zu öffnen und diese zu integrieren (Gespräch mit Zeitzeuge Arne). Folglich können die vor diesem Umbruch bereits lokal etablierten und politisierten Jugendstrukturen sowie ihre traditionelle räumliche Abgeschiedenheit als ein relevanter Umstand dafür gelten, dass im Raum Suhl selbst in der Umbruchphase eine pluralistisch-demokratische Jugendszene und die antifaschistische Punk-Szene deutlich dominanter waren als die Szene der rechten Skinheads.

Erfahrungen mit Neonazis in Ostberlin beeinflussten Punks aus dem Bezirk Suhl und bewegten sie zu antifaschistischer Selbstorganisation in der Provinz.

Antifaschistische Gegenwehr

Folgt man den Einschätzungen des Neonazi-Aussteigers Steven H. haben sich Neonazis in den 2000er-Jahren mehr von Antifa-Aktionen bedrängt gefühlt als von der Polizei oder den zivilgesellschaftlichen „Bunt statt Braun“-Festen mit „Bratwurstbraten gegen rechts“ (E-Mail-Korrespondenz Steven H.). Letztere seien ihnen eher lächerlich erschienen und zu Angehörigen der Polizei seien manchmal gar freundschaftliche Verhältnisse gepflegt worden. Aber „frustrierend“ war es, wenn antifaschistische Aktionen die von Neonazis erwünschte Außenwirkung bei Demonstrationen verunmöglichten, besonders, wenn die Durchführung durch Blockaden gestoppt wurde. Denn dies erzeugte bei den Neonazis einen Bruch in ihrer Selbstwahrnehmung als hegemonial und in ihrem Anspruch auf „national befreite Zonen“ in Ortschaften oder ganzen Landstrichen. Von extrem rechten Akteur*innen gefürchtet waren auch die Veröffentlichungen über ihre Strukturen und Outings von Personen, die auf Antifa-Recherche basierten. Zwar können diese Erfahrungen und Wirkungen nicht uneingeschränkt auf die 1990er-Jahre übertragen werden. Da jedoch Wissen und Ansätze praktischer politischer Arbeit von der ersten Antifa-Generation an die nachfolgenden tradiert wurde, können Parallelen auch in der Wirkungsweise antifaschistischer Arbeit vermutet werden.

Seit der sogenannten Wende organisierte sich eine Autonome Antifa Suhl, um „etwas gegen die wachsende Bedrohung durch Faschisten in der Öffentlichkeit“ zu unternehmen.³ Bemerkenswert

³ So ihre Selbstdarstellung von 1993 in einem jener Texte, die sie in Suhler Schülerzeitungen veröffentlichte. Hier: Rasselbock. Zeitschrift für Kunst, Kultur, Vereine, Gruppierungen und Veranstaltungen in Thüringen. Unabhängige Monatszeitschrift, Ausgabe Mai 1993, Nr. 1, S. 4f., hier S. 4.

sind die vielfältigen Betätigungen und teils überdurchschnittlichen Vernetzungs-Aktivitäten dieser Gruppe. Zu jener Zeit war sie nicht nur regional und überregional in sogenannten Ost-Vernetzungstreffen organisiert, sondern ab spätestens Anfang 1993 im bundesweiten Antifa-Netzwerk „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO).⁴ Diese Anbindung zeichnete sie gegenüber den meisten anderen ostdeutschen Antifa-Gruppen aus, welche sich ab Ende der 1980er-Jahre insbesondere im Raum Berlin/Potsdam entwickelten (vgl. Jänicke/ Paul-Siewert 2017). Sie alle entstanden primär aufgrund konkreter Bedrohungs- oder Gewalterfahrungen mit Neonazis, weniger aus ideologischen Gründen. Dies blieb in den Bewertungen von Sicherheitsbehörden unberücksichtigt, in deren Extremismustheoretischer Perspektive (Stichwort Äquidistanz; vgl. Dunkel u. a. 2019) autonomer Antifaschismus lediglich als systemfeindlicher Linksextremismus angesehen, darum kriminalisiert und mit der extremen Rechten gleichgestellt wurde (Trostorff u. a. 2013).

Die Autonome Antifa Suhl bemühte sich ab 1990, die Entwicklung von Neonazismus in Südthüringen im Keim zu ersticken und vernetzte sich zu diesem Zweck im bundesweiten Antifa-Netzwerk AA/BO.

Grundlage für die Möglichkeit, sich überregional engagieren zu können, war eigenen Angaben zufolge der Umstand, wenig Mühe dabei zu haben, die eigenen Neonazis in Schach zu halten (vgl. Gespräch mit Zeitzeuge Arne). Diese gruppeninterne Argumentation aufgreifend kann die Vernetzungsaktivität der Gruppe als Indiz dafür dienen, dass die Autonome Antifa Suhl über ein überdurchschnittliches Potenzial an Handlungs- und Wirkungsmacht verfügte.

Verzögerte Entwicklung gewalttätiger Neonazitrupps in Südthüringen

Die Literatur geht für die neuen Bundesländer von einer euphorischen Aufschwung- bzw. Formierungsphase in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre aus, in der sich vielerorts eine Entwicklung der lokalen rechten Skinhead-Szene zu einer extrem rechten Subkultur vollzog und in den ostdeutschen Großstädten wie Thüringer Mittelstädten auch informell organisierte und überregional vernetzte Neonazigruppen entstanden (Erb 1995; König/Quent 2012; Quent 2018: 178f.). In zahlreichen Städten bzw. Regionen beginnt diese Entwicklung bereits im Jahre 1990. Doch traf dieser Entwicklungsstand auf Südthüringen zunächst nicht zu. Die sich hier nach dem Systemumbruch langsam herausbildende Neonaziszene blieb viele Jahre charakterisiert durch subkulturell geprägte Freundeskreise mit schwacher Organisationsstruktur, relativ geringer Mobilisierungskraft und kaum wahrnehmbaren politischen Aktivitäten. Vermutlich mangelte es an fähigem Personal ebenso wie an Unterstützung durch überregionale Neonazi-Netzwerke. Diese Vermutung wird dadurch gestützt, dass spätere Neonazi-Kampagnen, wie jene unter dem Titel „Süd-West-Thüringer Runden freier Nationalisten“ (in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre), den erfolgreichen Aktivitäten des Neonazikaders Tommy Frenck zeitlich unmittelbar vorausgingen.

⁴ Protokoll des Treffens der AA/BO am 20./21.2.93, Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Autonome Antifa (M) Göttingen, Beweismittelordner Bd. II, Spur-Nr. 20100, AA/BO, 200293-1.

Übereinstimmend mit der für Ostdeutschland geltenden Tendenz (vgl. Quent 2018: 177) waren parteiförmige Strukturen der extremen Rechten auch im Raum Suhl, gemessen an ihren Wahlergebnissen, Anfang der 1990er-Jahre mehr oder weniger erfolglos. Ungewöhnlicher war, dass auch feste Kameradschaften erst Ende der 1990er-Jahre entstanden. Parteiakteure wie Kurt Hoppe und Manfred Reich – indirekt subventioniert vom Landesverfassungsschutz unter der Führung Helmut Roewers (vgl. Röpke 2014) – waren in der Zusammenarbeit mit und im Aufbau von Strukturen der sogenannten Autonomen Nationalisten erst nach der Jahrtausendwende erfolgreich.

Doch trotz des geringen Organisationsgrades fielen Neonazis in Suhl und Umgebung bereits in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre immer wieder durch gewalttätige Übergriffe auf. Abgesehen von zahlreichen Vorfällen, denen in der lokalen Berichterstattung kein Platz oder nur Kurzmeldungen eingeräumt wurden, ist die genaue Betrachtung von vier Vorfällen aufschlussreich. Sie zeigen einerseits auf, wie problematisch neonazistische Gewalt für die von ihr betroffenen Personen auch dann war, wenn sie keiner straff organisierten Szene entsprang. Andererseits kann hieran gezeigt werden, dass die Positionierung der gesellschaftlichen Mitte ausschlaggebend dafür war, ob und inwiefern Neonazismus (öffentlich) problematisiert und die Betroffenen unterstützt wurden.

Exemplarische Fälle: Folgen und Reaktionen

Anfang Juni 1992 kam es zu mehreren Neonaziangriffen auf linksalternative Jugendliche, denen antifaschistische Gegenreaktionen folgten. Dabei wurde der 16-jährige Alex K. von Neonazis mutwillig von hinten angefahren und schwer verletzt. Im Fokus der lokalen Berichterstattung und polizeilicher Maßnahmen stand die Kriminalisierung des Suhler Alternativen Jugendkreises, von denen einige zu offensiven Selbstschutzaktionen gegriffen hatten. Im Zentrum zivilgesellschaftlicher Wortmeldungen stand die Kritik an defizitärer und politisch einseitiger Arbeit der Sicherheitsbehörden sowie an der Entpolitisierung und Verharmlosung neonazistischer Bedrohungen. Wie ein roter Faden durchzieht den öffentlichen Diskurs die Annahme, die Jugendlichen seien aufgrund ihrer subkulturellen und weltanschaulichen, vermeintlich oder tatsächlich linken Zugehörigkeit sowie ihres Verhaltens für die Angriffe selbst verantwortlich. Um gegen dieses Narrativ der Täter-Opfer-Umkehr in der Öffentlichkeit anzukommen, verfügte dieses Betroffenenmilieu nicht über ausreichende Diskursmacht – es fehlte gesellschaftlicher Rückhalt.

Trotz geringen Organisationsgrades attackierten Suhler Neonazis ihre politischen Gegner. Sicherheitsbehörden und Presse relativierten und betrieben eine Täter-Opfer-Umkehr.

Die Bevölkerung in Suhl und Umgebung war nicht weniger fremdenfeindlich als andernorts – am Beispiel der Diskussion über eine Asylunterkunft in Hinternah, einem Ortsteil von Schleusingen (Landkreis Hildburghausen), zeigte sich Anfang 1992 die fremdenfeindliche bis rassistische

Grundstimmung unverhohlen.⁵ Über welches Mobilisierungspotenzial die rechte Szene Suhls vor diesem Hintergrund verfügte, war im Spätsommer 1992 im Zuge der bundesweit pogromartig eskalierenden Gewalt (Stichwort Rostock-Lichtenhagen) zu sehen. Im Rückblick auf Samstag, den 29. August, notierte das Freie Wort unter Berufung auf die örtliche Polizei, „daß 60 rechtsradikale Jugendliche im Anmarsch auf Asylantenheime Richtung Schwarzer Kopf/Dörrenbachtal seien. [...] Wahrscheinlich durch die hohe Polizeipräsenz sei es bisher zu keinen Ausschreitungen gekommen, vermutet [Inspektionsleiter] Volker Hausdorf. Doch es gebe ernsthafte Anzeichen dafür, daß sich rechtsradikale Jugendliche zu formieren beginnen.“⁶ Nachdem ein Wochenende später wieder eine Gruppe Jugendlicher „lautstarke ausländerfeindliche Äußerungen“ skandierend durch Suhl-Nord zog und zeitgleich „im Suhler Stadtzentrum mehrere Werbeträger mit Hakenkreuzen beschmiert worden“ waren, verkündete Ordnungsdezernent Modlmeier, „mit Hilfe der Polizei gegen alle Anzeichen neonazistischen Wirkens entschieden vorgehen“ zu wollen.⁷

Im Februar 1993 wurde der 18-jährige Uli H. wegen seiner vermeintlich linken Erscheinung zur Zielscheibe einer Neonaziattacke, wodurch er stationär behandelt werden musste. Die Polizei ermittelte zunächst keine Tatverdächtigen. In ihrer ersten, durch die Lokalpresse veröffentlichten Meldung zum Vorfall benannte sie keinen politischen Hintergrund, lediglich eine Auseinandersetzung unter Jugendlichen. Doch in diesem Fall waren gewisse Hintergründe entschieden anders. Uli war ein beliebter Gymnasiast, der sich selbst als unpolitisch verstand. Seinem Vater, ein SPD-Stadtrat, gelang es, sich Raum für Kritik am Polizeieinsatz in der Lokalpresse zu verschaffen. Die Sicherheitsbehörden gerieten mit ihrer verharmlosenden Behauptung immer mehr unter Druck, wonach es in Suhl keine (geschlossene) rechte Szene gebe.⁸ Doch trotz zunehmender Kritik hielt sich bei politischen und sicherheitsbehördlichen Verantwortungsträger*innen weiterhin eine entpolitisierende und verharmlosende Haltung bezüglich der lokalen Verhältnisse. Ulis Schulfreund*innen interviewten die Neonazis für ihre Schüler*innenzeitung und organisierten Öffentlichkeit u. a. über eine Schüler*innendemo. Ein dadurch zur öffentlichen Positionierung gezwungener Lokal-Dezernent versuchte die antifaschistische Aktion durch Gleichsetzungen politisch umzulenken: „die Stadt werde alles tun gegen Gewalt von rechts und links“⁹.

Im Zuge der bundesweit pogromartig eskalierenden Gewalt (Stichwort Rostock-Lichtenhagen), drohten auch in Suhl, „60 rechtsradikale Jugendliche“ Asylheime anzugreifen.

⁵ Vgl. exemplarisch für die Debatte: Freies Wort (1992): Freies Wort fragte bei Bürgermeistern nach: Wie willkommen sind die Asylbewerber? Kommunen sehen neue Probleme auf sich zukommen. Suhl, 21.01.1992, S. 9 sowie Tödtmann, [Eva]: Mit Asylantenwohnheim in Hinternah Dorfbewohner überrumpelt? Dorf fürchtet um Zukunft. Bürgermeister Thomas Franz fordert für sein Dorf: Sicherheit gewährleisten! In: Freies Wort, Suhl, 25.01.1992, S. 9.

⁶ Schlütter, Volker Hausdorf, Leiter der Suhler Polizeiinspektion: Ruhe täuscht – heißes Wochenende für Polizei-Razzia im Asylbewerberheim – Rechte Jugendliche formieren sich. In: Freies Wort, Suhl, 01.09.1992, S. 9.

⁷ Freies Wort: Zeugen gesucht. Grölende Jugendliche. Hakenkreuz-Schmierereien in der City. Suhl, 08.09.1992, S. 9.

⁸ Vgl. Freies Wort (1992): Dezernent Modlmeier informiert zu tatabfälligen Jugendlichen. In Suhl keine Rechtsradikalen. Vielfach bei Krawallen gingen Provokationen von links voraus. Suhl, 10.12.1992, S. 9.

⁹ So Dezernent Dr. Siegfried Landgraf (FDP) zitiert bei: Ehrhardt, Ingrid: Über 500 Suhler Schüler demonstrierten gestern zum Rathaus. Das Anliegen: Protest gegen rechte Gewalt und Wegsehen. In: Freies Wort, Suhl, 06.03.1993, S. 9.

Im Oktober 1993 schließlich gab es an einem Abend im nahe gelegenen Oberhof gleich mehrere, wenngleich nicht außergewöhnliche Attacken von Neonazis auf andere Jugendliche. Auch wenn die körperlichen Folgen hier eher gering ausfielen, waren das Medienecho und die darauffolgenden politischen Reaktionen enorm. Denn die Gruppe der Betroffenen bestand aus Teilen der US-Nationalmannschaft der Rennrodler, welche in Oberhof gastierten. Der Schwarze Robert Pipkins geriet in einer Gaststätte ins Visier aggressiver Suhler Neonazis. Sein Teamkollege Duncan Kennedy, der ihm zu Hilfe kam, steckte für ihn wortwörtlich die Prügel ein. Eine internationale Welle der Berichterstattung ging einher mit einer noch breiteren Welle an sowohl repräsentativen wie persönlichen Entschuldigungen bei den Betroffenen. Die Polizei nahm sogleich fünf der Angreifer fest und gestand augenblicklich die politischen Hintergründe der Tat ein. Aus nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen wurde Einigkeit darüber verlautbart, alles Menschenmögliche gegen die Etablierung von Neonazis in Oberhof zu unternehmen. In diesem Kontext war es vermutlich erstmals möglich, dass ein CDU-Politiker – der Bürgermeister Oberhofs – die Existenz einer Neonazigruppe im Raum Suhl öffentlich benannte und aburteilte. Die Dimension an vermeintlich antirassistischen Bemühungen war beeindruckend. Allerdings galt das primäre Interesse dieser Aktivitäten dem Ziel, das nun angekratzte Image des Wintersportzentrums Oberhof wieder ins rechte Licht der internationalen Öffentlichkeit zu rücken und damit drohenden wirtschaftlichen Schaden insbesondere für die Tourismus-Branche abzuwenden.¹⁰

Fasst man diese vier Beispiele zusammen, lässt sich feststellen, dass die Intensität, mit der Naziangriffe entpolitisiert und bagatellisiert wurden, stark mit der gesellschaftlichen Stellung der Betroffenen variierte. Punker Alex galt sozusagen als selbst Schuld und wurde fast nur durch sein soziales Umfeld unterstützt. Gymnasiast Uli erfuhr immerhin so viel Rückhalt, dass Teile der politischen Verantwortungsträger*innen unter Druck gerieten. Doch nur die US-Nationalmannschaft konnte unwidersprochen rassistische Tatmotive benennen. Die Gerichtsverhandlungen blieben noch im ersten Fall von Alex von der Presse und Öffentlichkeit unbeachtet. Bei Uli kam es bereits zu einem beschleunigten Verfahren. Für die Verhandlung von Kennedy und Pipkins schließlich reichte der Suhler Gerichtssaal bei Weitem nicht für den Ansturm an interessierten Gästen und internationalen Medien aus. Fallübergreifend gilt, dass die Perspektiven der Betroffenen in der Berichterstattung der Lokalzeitung Freies Wort entweder gar nicht berücksichtigt wurden oder unterrepräsentiert waren. Die hier beleuchteten Fälle von Alex K. und Uli H. stehen exemplarisch für weitere von mir recherchierte Fälle.¹¹ Dies legt den Schluss nahe, dass neonazistische oder rassistische Ereignisse in Suhl bzw. Südthüringen in der Regel kaum überregionale Aufmerksamkeit erfuhren. Nur unter zwei Umständen konnte diese Beharrlichkeit

Betroffene von Nazigewalt verfügen über höchst unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zur Öffentlichkeit. Doch der öffentliche Druck ist entscheidend für den Umgang mit Nazigewalt.

¹⁰ Vgl. exemplarisch hierfür: Freies Wort (1993): Stadtverordnete verurteilten einstimmig Überfall in Oberhof. Gesetze in voller Härte anwenden. Suhl, 04.11.1993, S. 15.

¹¹ Fast 30 Ereignisse im Phänomenbereich der extremen Rechten, von Hakenkreuzschmierereien bis zu Körperverletzungen, habe ich allein für die Jahre 1990 bis 1993 im Raum Südthüringen mit Schwerpunkt Suhl recherchiert. Selbstverständlich muss von einer deutlich höheren Dunkelziffer ausgegangen werden.

aufgebrochen werden: Einerseits temporär im Kontext der pogromartigen nationalistischen Gewalt von Rostock und anderen Orten im Spätsommer 1992, welche internationale Aufmerksamkeit generierten. Andererseits, wie im Oberhofer Vorfall, als die Thematik aufgrund der Prominenz der Betroffenen über Nacht in einen internationalen Presse Sturm geriet. Nur eine solche Dimension von Aufmerksamkeit ermöglichte, zumindest temporär, was zuvor hinsichtlich der öffentlichen Tabuisierung und Relativierung von Neonazismus am traditionellen Widerstand diskursmächtiger Akteur*innen gescheitert war.

Das beschriebene Kräfteverhältnis zwischen der relativ starken antifaschistischen Jugendkultur und der relativ schwachen lokalen Neonaziszene hielt sich über die Hochphase rechter Gewalt in Deutschland (1992/93). Erst ab Mitte der 1990er-Jahre verlor die tendenziell antifaschistische Jugend-Kultur allmählich ihre dominante Stellung in Südthüringen, wodurch sich jene für die neuen Bundesländer typische neonazistische Hegemonie auf den Straßen entwickelte. Um die Jahrtausendwende herum organisierten sich Neonazis in Kameradschaften und vernetzten sich überregional (E-Mail-Korrespondenz Steven H.).

Schleichender Hegemoniewechsel und Konsolidierung der extremen Rechten

Interne wie externe Faktoren trugen zu einer Schwächung der regionalen Antifa bei, die durch eine mäßig erfolgreiche Nachwuchsarbeit kaum kompensiert werden konnte, was letztlich zu Auflösungserscheinungen führte. Die ersten Antifa-Strukturen dieser Region wurden von einer proletarisch geprägten DDR-Generation, mitunter aus autodidaktischen Arbeiter-Intellektuellen getragen, deren Zahl sich durch Abwanderung in Großstädte wie Leipzig verjüngte. Ein Generationenwechsel war in solchen Zusammenhängen häufig gleichbedeutend mit einer Gruppenauflösung. In der Umbruchgesellschaft entstanden antifaschistische Gegenkulturen, gleichsam Konturen einer demokratischen Zivilgesellschaft und dies häufig aus einem akademisch-kosmopolitischen Milieu heraus. Doch diese neuartigen Entstehungsbedingungen und Gelegenheitsstrukturen waren im strukturschwachen Südthüringen weniger ausgeprägt. Ein Grund dafür war der sogenannte Braindrain, also die Abwanderung junger, gebildeter Menschen aus dem ländlich geprägten Raum in die Metropolregionen. Hierdurch entstand ein zunehmender Mangel an lokalen Multiplikator*innen eines progressiven, universalistischen Denkens. Behindert wurde dadurch nicht nur die Revitalisierung einer antifaschistischen Gegenkultur. Zugleich verstärkte sich dadurch eine Homogenität, welche die Entstehung von sogenannten Vorurteilkulturen begünstigte (vgl. Michelsen 2017: 3f., FN 7).

Interne und externe Faktoren, wie der sogenannte Braindrain, schwächten die antifaschistische Gegenkultur im ländlichen Südthüringen.

Zudem trugen überregionale Umstände – soziale, kulturelle und politische Bedingungen in der Mitte der Gesellschaft – zur Konsolidierung des extrem rechten Potenzials, zur Etablierung rechter Hegemonien und einer Neonazi-Erlebniskultur bei. Viele dieser Bedingungen hatten ihre Ursprünge in der DDR und sich seither kontinuierlich gehalten. So vermochte das SED-Regime weder eine

kritisch-reflektierte, öffentliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit noch eine undogmatische, nachhaltige Analyse neonazistischer Erscheinungen zu ermöglichen (vgl. Frei et al. 2019: 15). Stattdessen schuf sie mit ihrem Rückgriff auf problematische Identitätskategorien wie Volk, Nation und Heimat sowie dem unreflektierten Festhalten an Sekundärtugenden wie Ordnung, Fleiß und Gehorsam den Nährboden, auf dem rechte Hegemonien entstehen konnten, nachdem zunächst die DDR-Repression zusammengebrochen war und schließlich auch die Gegenwehr der ersten Antifa-Generation nachgelassen hatte (vgl. Frei et al. 2019: 63–65; Lindenberger 2003: 189f.).

Überregionale Umstände – soziale, kulturelle und politische Bedingungen in der Mitte der Gesellschaft – trugen zur Konsolidierung des extrem rechten Potentials, zur Etablierung rechter Hegemonien und einer Neonazi-Erlebniskultur bei.


Dass in der Region Suhl relativ wenige (organisierte) Neonazis präsent waren, nutzten gesellschaftliche Verantwortungsträger*innen verschiedenster Bereiche auch in den 1990er-Jahren noch zum Verleugnen der politischen Motivationen als Ursache für neonazistische Gewalt, zum Herunterspielen und Relativieren der tatsächlichen Gefahren für die Betroffenengruppen sowie zur Diskreditierung antifaschistischer Gegenwehr. Auch die politische Leitideologie der neuen Ermittlungs- und Strafbehörden – die Extremismustheorie – eignete sich hervorragend zur fortgesetzten Entpolitisierung und Bagatellisierung extrem rechter Phänomene wie zur diskreditierenden Gleichsetzung von links und rechts sowie zur Entschuldung der gesellschaftlichen Mitte für genau diese Rechtsentwicklung (vgl. Dunkel u. a.: 2019). In der Extremismus-Logik galten primär solche Straftaten als politisch motiviert und (rechts-)extremistisch, bei denen sich eine „Systemüberwindungsabsicht“ feststellen ließ (Hübler 2013; Feustel 2011: 145ff., nach Dunkel u. a. 2019: 209). Vor dem Hintergrund dieser Behördenperspektive stieß die in jugendkulturellen Räumen und auf der Straße vorherrschende Dominanz der weniger angepassten und teils bewusst provozierenden Punks deutlich mehr an als Neonazis; zumal die Suhler Punks ein autonomes Zentrum durch Besetzung erzwangen und von dort aus antifaschistische Gegenwehr organisierten. Die Analyse der Lokalpresse legt nahe, dass dies aus behördlicher Perspektive das Gewaltmonopol des Staates mehr infrage zu stellen drohte als rassistische und nationalistische Gewalt. Denn Letztere schien sich primär gegen gesellschaftliche Randgruppen und Minderheiten zu richten, weniger gegen den Staat.

In den genannten Vorfällen stellte sich die lokale Polizei nicht als eine durch die Umbruchzeit „verunsicherte Institution“ dar (Jaschke 1994). Vielmehr changierte sie zwischen ihrem erlernt kurzsichtigen DDR-Verhalten und einem neuen bayerisch-autoritären Vorgehen gegenüber vermeintlich linkem Verhalten, das wohl am stärksten vom politisch Gewünschten abwich. Der durch eine thüringisch-bayerische Länderpatenschaft begründete Personaltransfer in die Suhler Sicherheitsbehörden bildete hierfür eine Grundlage. Übergriffe von Neonazis wurden häufig nicht als „rechtsextrem“ klassifiziert und problematisiert, da die Täter als unorganisiert galten. Hausverbote für Neonazis schienen das wirksamste der Mittel gewesen zu sein, die diese taktische Neuausrichtung hervorbrachte.

Fazit

Die Bevölkerung der als rote Stadt im grünen Wald¹² bekannten Kleinstadt Suhl war um die sogenannte Wende herum wahrscheinlich nicht weniger durchzogen von extrem rechten und menschenfeindlichen Einstellungsmustern als der ostdeutsche Durchschnitt. Erst Ende der 1990er-Jahre, vergleichsweise spät, entwickelte sich dann doch eine gut organisierte Neonaziszene in Südthüringen. Es zeigt sich, dass die zu dieser Zeit gesellschaftlich etablierten Gegenmaßnahmen – neben symbolischen Aktionen und Lippenbekenntnissen vor allem die Verantwortungsabgabe an staatliche Institutionen wie Verfassungsschutz, Polizei und Justiz – und ihr ideologisches Fundament – die Extremismustheorie – die Entwicklung zu rechten Hegemonien gerade nicht zu verhindern vermochten. Stattdessen gibt es Grund zur Annahme, dass sowohl regionalspezifische Faktoren wie die kulturellräumliche Abgeschiedenheit und eine fehlende Fußball-Hooligan-Szene als auch gut etablierte autonome Antifa-Strukturen in Suhl und Umgebung die Etablierung einer gefestigten und gut organisierten Neonaziszene zumindest eine Zeit lang verzögern konnten. An diesem historischen Beispiel der frühen 1990er-Jahre in Südthüringen zeigt sich, wie wichtig eine nicht rechte bis undogmatisch antifaschistische Jugendsubkultur für die Verhinderung extrem rechter Hegemonien sein kann. Die alleinige Anrufung eines repressiven Staates vermag die innovative extreme Rechte nicht zu stoppen. Insbesondere die extremismustheoretisch angeleiteten Maßnahmen der Sicherheitsbehörden scheinen ungeeignet zur Verteidigung einer pluralistischen Zivilgesellschaft gegen Neonazismus. Schließlich gilt es praktische Ansätze zu entwickeln und zu etablieren, welche die Ergebnisse der sogenannten zeithistorisch informierten Rechtsextremismusforschung in öffentliche Debatten tragen und eine plurale Zivilgesellschaft zu fördern vermögen.¹³

Am historischen Beispiel der frühen 1990er-Jahre in Südthüringen zeigt sich, wie wichtig eine nicht rechte bis undogmatisch antifaschistische Jugendsubkultur für die Verhinderung extrem rechter Hegemonien sein kann.



Kai Richarz, B. A., stammt aus Südthüringen und studierte an der Freien Universität und der Humboldt Universität zu Berlin Geschichte, Sozial- und Kulturanthropologie sowie Philosophie. Am ZZf Potsdam arbeitete er für die Redaktionen von *Zeithistorische Forschungen* und *H-Soz-Kult*. Er forscht und schreibt zu (Neo-)Nazis, antifaschistischen Bewegungen, zum Anarchismus und Anarchosyndikalismus.

¹² Eine ähnlich lautende Inschrift am Suhler Rathaus verweist auf die traditionell starke Arbeiterbewegung in der Region, welche sich während des nationalistischen Kapp-Lüttwitz-Putsches von 1920 mit Waffengewalt vor die Weimarer Demokratie stellte.

¹³ Neben den Publikationsformaten des IDZ kann die Initiative zweiteroktober90.de hierfür als Referenz dienen.

Literatur und Quellen

- Braun, Jutta (2018): Vom Troublemaker zum Integrationsstifter? Fußball und Gewaltprävention in Deutschland vor und nach 1989. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 15, H. 2, S. 302–328.
- Dunkel, Barbara/Gollasch, Christoph/Padberg, Kai (2019) [Hrsg.]: Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen. Konferenz-Sammelband, Universitätsverlag der TU Berlin.
- Erb, Rainer (1995): Action. Über Jugendgruppen und rechte Gewalt. In: Lamnek, Siegfried [Hrsg.]: Jugend und Gewalt. Devianz und Kriminalität in Ost und West. Springer Fachmedien: Wiesbaden, S. 39–56.
- E-Mail-Korrespondenz mit Zeitzeuge Steven H. vom 04.02.2021, Privataarchiv K.R.
- Feustel, Robert (2011): Entropie des Politischen. Zur strategischen Funktion des Extremismusbegriffs. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung [Hrsg.]: Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. VS Verlag: Wiesbaden, S. 117–139.
- Frei, Norbert et al. (2019): Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus. Ullstein: Berlin.
- Gespräch mit Zeitzeuge Arne (Name auf Wunsch verfremdet) vom 28.07.2020, Privataarchiv K.R.
- Hübler, Andrea (2013): „Ich sehe etwas, was du nicht siehst“. Zur Erfassung rechter Gewalt. In: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen; Kulturbüro Sachsen [Hrsg.]: Wer schützt die Verfassung? Kritik zu den Verfassungsschutzbehörden und Perspektiven jenseits der Ämter. Dresden, S. 147–155.
- Jänicke, Christin/Paul-Siewert, Benjamin (2017) [Hrsg.]: 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung. Westfälisches Dampfboot: Münster.
- Jaschke, Hans-Gerd (1994): Eine verunsicherte Institution. Die Polizei in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.]: Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Suhrkamp: Frankfurt a. M., S. 305–339.
- König, Katharina/Quent, Matthias (2012): Anfänge in der DDR. Stationen der Entwicklung der Thüringer Neonaziszene seit 1990. In: Ramelow, Bodo [Hrsg.]: Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal. VSA: Hamburg, S. 54–65.
- Lindenberger, Thomas (2003): Das Fremde im Eigenen des Staatssozialismus. Klassendiskurs und Exklusion am Beispiel der Konstruktion des „asozialen Verhaltens“. In: Behrends, Jan/Lindenberger, Thomas/Poutrus, Patrice G. [Hrsg.]: Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Metropol Verlag: Berlin, S. 179–191.
- Lokalzeitung Freies Wort, Jahrgänge 1992 bis 1997, Stadtarchiv Suhl.
- Lynen von Berg, Heinz (1994): Rechtsextremismus in Ostdeutschland seit der Wende. In: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang [Hrsg.]: Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Westdeutscher Verlag: Opladen, S. 103–126.
- Michelsen, Danny/Przybilla-Voß, Marika/Lühmann, Michael/Grund, Martin/Keune, Hannes/Finkbeiner, Florian/Walter, Franz (2017): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren; Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Ursachen und Hintergründe“. Berlin/Göttingen.
- Quent, Matthias (2018): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Beltz Juventa: Weinheim.
- Röpke, Andrea (2014): Manfred Reich. In: der rechte rand. 25(150), S. 33.
- Siegler, Bernd/ Tolmein, Oliver/Wiedemann, Charlotte (1993): Der Pakt. Die Rechten und der Staat. Verlag Die Werkstatt: Göttingen.
- Stock, Manfred/Mühlberg, Philipp (1990): Die Szene von innen. Skinheads, Grufties, Heavy Metals, Punks. LinksDruck Verlag: Berlin.
- Süß, Walter (2000): Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. 3. Aufl., BStU: Berlin.
- Trostorf, Steffen/Renner, Martina/Wellsow, Paul (2013): Thüringen: Lückenlose Aufklärung? Ein Zwischenfazit zum NSU und dem Thüringer Geheimdienst. In: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen; Kulturbüro Sachsen [Hrsg.]: Wer schützt die Verfassung? Kritik zu den Verfassungsschutzbehörden und Perspektiven jenseits der Ämter. Dresden, S. 69–79.
- Wurschi, Peter (2007): Rennsteigbeat. Jugendliche Subkulturen im Thüringer Raum 1952–1989. Böhlau Verlag: Köln.

**„ES GILT, PRAKTISCHE
ANSÄTZE ZU ENTWICKELN
UND ZU ETABLIEREN,
WELCHE DIE ERGEBNISSE
DER SOGENANNTEN
ZEITHISTORISCH
INFORMIERTEN
RECHTSEXTREMISMUS-
FORSCHUNG IN ÖFFENTLICHE
DEBATTEN TRAGEN
UND EINE PLURALE
ZIVILGESELLSCHAFT ZU
FÖRDERN VERMÖGEN.“**



KAI RICHAZ